

Entwurf

Kurzprotokoll des bundesweiten Treffens des ABSP am 09.04.2016 in Magdeburg

Protokoll: Göttingen

TeilnehmerInnen aus: Braunschweig, Gießen, Göttingen, Gummersbach, Magdeburg, Wipperfürth und Zeitz.

Vorgeschlagene Tagesordnung (so für das Treffen übernommen):

1. Formalia (Begrüßung, Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung jüngstes Protokoll), Vorstellungsrunde
2. Strategien gegen den Sozialabbau
3. Aktionsmonat Mai
4. Weitere Themen der Sozialproteste
5. Aktuelles

TOP 2

Der Verlauf des Treffens stand unter dem Zeichen der Nachricht, dass der Parteivorstand der LINKEN nun einen großen Schritt in Richtung unserer Forderung eingelenkt hat: Zeitgleich mit unserem Treffen fand eine Sitzung des Bundesparteiorgans der LINKEN in Berlin statt.

Während des ABSP-Treffens kam aus Berlin die Nachricht, dass der Parteivorstand den Beschluss getroffen hat, einen Grundfreibetrag der Einkommensteuer von 12.600 Euro zu fordern.

Anmerkungen des Protokollanten:

Der Beschluss ist inzwischen auf der Website der Partei dokumentiert.

<<https://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/lohnsteuerfreiheit-fuer-mindestlohn/>>

Der Beschluss im Wortlaut: "Der Parteivorstand plädiert für einen Grundfreibetrag, der in Einklang mit unserer Forderung nach einer sanktionsfreien Mindestsicherung steht und bittet die AG Umverteilung und Steuergerechtigkeit, dies bei der weiteren Erarbeitung des Steuerkonzeptes in Vorbereitung des Bundestagswahlprogrammes zu berücksichtigen."

Inzwischen ist auch ein deutlich geänderter vorläufiger Vorschlag für ein Steuerkonzept dieser Partei aus der AG „Umverteilung und Steuergerechtigkeit“ veröffentlicht:

<<http://www.axel-troost.de/article/9017.zwischenbericht-der-ag-umverteilung-und-steuergerechtigkeit.html>>

Die TeilnehmerInnen in Magdeburg unterhielten sich über diese vorläufigen Reaktionen der Partei DIE LINKE auf die Kampagnenarbeit des Bündnisses für mindestens 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro steuerfreien gesetzlichen Mindestlohn. Sie alle haben wie viele andere vor Ort Aktive in der Vergangenheit für diese Kampagne gearbeitet.

Der Beschluss des Parteivorstands der LINKEN entspricht von der reinen Zahl her der Steuerfreiheit des Mindestlohns von 8,50 Euro.

Angesichts der Formulierung des Beschlusses im Detail und der einzelnen Elemente des geänderten Steuerkonzeptes blieb für die Anwesenden jedoch die Frage offen, ob es geeignet sein wird, dem Auspielen der Erwerbstätigen, also der Niedrig- und Normalverdienenden gegen die Erwerbslosen wesentlich entgegenzuwirken.

TOP 3 Aktionsmonat Mai

Auch auf die positive Wirkung der Nachricht aus Berlin ist wohl zurückzuführen, dass zum Ende des Treffens folgende Ankündigungen für den Aktionsmonat Mai vorlagen: Frankfurt/Main, Göttingen, Zeitz, Wipperfürth, Waldbröhl, Gummersbach, Gießen, Wetzlar, Marburg, Gera, Halle (Saale), Magdeburg (Verbreitung von verschiedenem Material zum Thema Steuerfreiheit des Mindestlohns auf dem Bundesparteitag DIE LINKE, unter anderem vom Infostand des Landesverbandes Niedersachsen aus).

Vor dem Treffen gab es Ankündigungen aus lediglich 3 Städten.

TOP 4 Weitere Themen der Sozialproteste

Die Unterzeichnung des Aufrufes "Aufstehen gegen Rassismus" wurde einstimmig beschlossen, mit der zusätzlich notwendigen Anmerkung, dass es sich bei dem Aufruf um den kleinsten gemeinsamen Nenner handelt und wir folgende Themen für zusätzlich notwendigerweise zu erwähnen halten:

Waffenlieferungen und Kriege, Agenda 2010, lokaler Sozial- und Infrastrukturabbau, Freihandel, der Länder zerstört.

TOP 5 Aktuelles

Das nächste Treffen des ABSP wird voraussichtlich am 11. Juni in Magdeburg stattfinden.